

KMU in schwerer See

Für die deutsche Wirtschaft stehen die Zeichen auf Sturm. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen sehen sich zunehmenden Belastungen, Einschränkungen und Herausforderungen ausgesetzt. Als Folge mehren sich die Pläne zur Verlagerung, zum Verkauf oder zur Schließung der Betriebe. Entspannung ist derzeit nicht in Sicht.

Im Abschwung

Der völlig überraschende Ausbruch des neuen Nahost-Konflikts wird die Weltkonjunktur zusätzlich belasten. Das dürfte insbesondere dann eintreten, falls sich der Krieg nicht regional begrenzen lassen sollte. Das ifo-Institut sieht die Gefahr, dass die ohnehin beeinträchtigte deutsche Industrie besonders stark getroffen werde. Laut Bundeswirtschaftsministerium hat sich der BIP-Rückgang auch im dritten Quartal fortgesetzt. Die Zahl der Regelinsolvenzen lag im September um 19,5 % über dem Vorjahresmonat. Der IWF hat seine Wachstumsprognose für Deutschland erneut nach unten korrigiert. Bei schwachen konjunkturellen Rahmenbedingungen wird die Bundesrepublik danach 2023 als einzige große Volkswirtschaft schrumpfen. Der IWF erwartet jetzt ein Minus von 0,5 %. Die Bundesregierung hat ihre Prognose auf 0,4 % revidiert. Die Wirtschaftsweisen gehen sogar von einem BIP-Rückgang um 0,6 % aus. Deutschland befindet sich seit über einem Jahr im Abschwung. Die Stimmung in den Unternehmen habe sich weiter verschlechtert. Das ifo-Geschäftsklima im deutschen Wohnungsbau ist im September auf den tiefsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 1991 gefallen. Die Zahl der erteilten Wohnungsbaugenehmigungen ist von Januar bis August 2023 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 28,3 % abgestürzt. Der frühere Opel-Chef sieht die Gefahr, dass Deutschland zum „Freiluft-Industriemuseum“ wird. Die Welt warnt: „Deutschlands Klima-Diktat wird jetzt endgültig zum Standortnachteil.“ Selbst der Export, der traditionelle Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft, schwächelt. Im August sind die Ausfuhren – im Vergleich mit dem Vorjahresmonat – kalender- und saisonbereinigt – um 5,8 % gesunken. Als Bremsfaktoren wirken laut DIHK die hohe Steuer- und Abgabenbelastung sowie die bürokratischen Nachweispflichten. Da kann es nicht verwundern, dass die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung von den deutschen Ökonomen zur Halbzeit der Legislaturperiode überwiegend schlecht benotet wird. Bei einer im September erfolgten Umfrage unter 205 Wirtschaftsprofessoren ist vor allem die Energiepolitik der Bundesregierung auf Kritik gestoßen. So halten 58 % der Befragten den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft für falsch, 60 % das neue Heizungsgesetz und 83 % einen subventionierten Industriestrompreis. Insgesamt wird die Ampel-Politik mit der wenig rühmlichen Schulnote 4,0 bewertet.

Verlagerung oder Verkauf?

Die Lage der mittelständischen Unternehmen in Deutschland ist derzeit so schlecht wie auf dem Höhepunkt der Corona-Krise in 2020. Das ergibt sich aus dem Geschäftsklimaindex der Creditreform. Die Firmen seien „in den Abwärtszog aus Inflation und Rezession“ geraten. Auftragseingang, Umsatz, Ertrag und Beschäftigung haben sich gegenüber dem Vorjahr durchgängig verschlechtert. Massive Kostensteigerungen, hohe Zinsen und schwache Nachfrage würden die kleinen und mittleren Betriebe immer stärker belasten. Der Anteil der Unternehmen, die Investitionen planen, ist auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gefallen. Die Innovationsverweigerung führe dazu, dass der Mittelstand in der Breite bei Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit abgehängt werde. Erschwert werde die Situation durch gestiegene Finanzierungskosten und schlechtere Finanzierungsbedingungen. Auch im Lager der Familienunternehmen leuchten die Warnlampen. Fast zwei Drittel bewerten den Standort D mit den schwachen Noten 4, 5 oder 6. Als vorrangige Investitionshindernisse hat die Stiftung Familienunternehmen die Regulierungsdichte, die Energiepreise, das Fachkräfteangebot, die Arbeitskosten und Steuern ermittelt. Bei den sprunghaft zunehmenden Verlagerungsabsichten in den nächsten fünf Jahren stehen die USA, Polen, Indien und China oben auf der Liste. Nur 2 % der Firmen denken über eine Rückverlagerung nach Deutschland nach. Noch besorgniserregender ist eine Studie der Zeppelin-Universität, bei der 440 Inhaber bzw. Geschäftsführer von Familienunternehmen befragt worden sind. Dabei hat fast jede vierte Führungskraft einen Verkauf des ererbten Unternehmens nicht ausgeschlossen. In ungewöhnlicher Weise hat sich kürzlich der scheidende Sparkassenpräsident zur Zukunft der Arbeit in Deutschland geäußert: „Wir alle müssen selbst die Ärmel aufkrempeln. Es muss mehr und länger gearbeitet werden.“ In der deut-

schen Realität ist eine verstärkte Leistungsbereitschaft bisher jedoch kaum zu finden. Die Neigung der Parteien, durch die Verteilung sozialer Wohltaten bei den Wählern Punkte zu sammeln, bewirkt oft das Gegenteil. Aktuelles Beispiel dafür ist das ab 2024 weiter steigende Bürgergeld, das offenkundig Fehlanreize auslöst. Das zeigt sich etwa im Reinigungsgewerbe mit seinen 700.000 Arbeitsplätzen. Über 28 % der Betriebe melden, dass immer mehr Beschäftigte ihre Arbeitsverträge unter Verweis auf das Bürgergeld kündigen.

„Verschleierung“

Ausländische Beobachter betrachten die selbstzerstörerischen Entwicklungen in Deutschland mittlerweile mit Der Bundesfinanzminister hat vor einem haushaltspolitischen Eisberg gewarnt, auf den die deutsche Volkswirtschaft zusteure. Roland Koch, der frühere hessische Ministerpräsident, bezeichnet diese Warnung in einem Kommentar als „erschreckend unvollständig“. Sie sei Teil einer systematischen Verschleierung der Lage der Staatsfinanzen. Koch verweist auf die kürzlich erfolgte Stellungnahme des Bundesrechnungshofes zum Bundeshaushalt 2024, in der es heißt: *„Die Kreditaufnahmen bzw. beschlossenen Kreditermächtigungen der Jahre 2020 bis 2023 betragen rund 850 Mrd. Euro. Die Dynamik der Neuverschuldung ist beispiellos. Innerhalb von drei Jahren wurden Maßnahmen beschlossen, die den bis zum Jahr 2019 aufgebauten Schuldenberg des Bundes um 60 Prozent auf mehr als 2,1 Billionen Euro erhöhen können. Die Zinslasten als ‚Preis‘ der Verschuldung rauben dem Bund letzte verbliebene Haushaltsspielräume. Die zu den Zinszahlungen hinzutretende Tilgung der Krisenkredite haben künftige Generationen als weitere Bürde zu tragen.“* Koch vergleicht den scheinbar geordneten Zustand der Staatsfinanzen mit der vermeintlich sicheren Fahrt der Titanic: *„Tatsächlich steuern wir gerade in eine ernstzunehmende strukturelle Wirtschaftskrise, kombiniert mit einer völligen Überdehnung der Schuldenfinanzierung unserer Haushalte. Zwei Konsequenzen dieser jetzt bereits unumkehrbaren Entwicklung werden uns herausfordern. Die eine ist der durch diese Fiskalpolitik ausgelöste Inflationsdruck, der den Bemühungen der Notenbanken zuwiderläuft. Zum anderen wird eine zu erwartende Haushaltskonsolidierung in schwerste politische Auseinandersetzungen führen.“* Eine Kursänderung sei nicht in Sicht. Die Regierung verfolge weiter den gefährlichen Politansatz, jedes Problem mit Geld lösen zu wollen. In diesem Sinne gebe es noch weitere „Eisberge“. Koch nennt das Sondervermögen der Bundeswehr, das zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt werde. In Wahrheit fehlten allein für die Verteidigung ab 2026 rund 30 Mrd. Euro jährlich. Weitere Beispiele seien die steil steigenden Kosten der Rentenversicherung und die Zweckentfremdung des Klimafonds, die weitere 60 Mrd. Euro kosten würden. Koch weiter: *„Die Situation der Staatsfinanzen erfordert unverzügliches Handeln. Von diesem zweiten Teil der Zeitenwende, die eine ebenso große mentale Veränderung in unserem Land erfordert, wird sich niemand drücken können: Wir werden schnell lernen müssen, mit weniger Ausgaben bessere Leistungen zu erbringen. Die Wirtschaft kennt das. Nicht das geringste wird dazu im Augenblick vorbereitet.“*

„Kollateralschaden“?

Der Frust der Unternehmen im Hinblick auf die Überregulierung von Arbeitsmarkt, Wirtschaftssystem und Energiepolitik nimmt weiter zu. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger beanstandet: *„Teile der Ampel hören uns nicht zu. Wir erleben einen wirtschaftlichen Stillstand in der Zeitenwende – der Zug ist schon zu Beginn der Strecke stehen geblieben.“* Dulger wiederholt die bereits mehrfach vorgetragene Kritik an den hierzulande hohen Energiekosten, Steuern, Abgaben und Lohnzusatzkosten. Die Infrastruktur sei marode, die Digitalisierung der Verwaltung finde noch gar nicht richtig statt. Kontraproduktiv sei auch der „bürokratische Wahnsinn“ aus Brüssel. Allein der Leitfaden für den Sozialreport sei fast so dick wie das Frankfurter Telefonbuch. Klartext kommuniziert der Arbeitgeberpräsident auch zur Klimapolitik der Ampel-Koalition: *„Eine absterbende Wirtschaft als Kollateralschaden billigend in Kauf zu nehmen, um Klimaschutzziele zu erreichen, hielte ich jedenfalls für grundfalsch. Geht es der Wirtschaft schlechter, dann schwächt das den Sozialstaat.“*

Säule der Marktwirtschaft

Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft beruht vor allem auf dem großen Anteil der Familienunternehmen. 90 % aller Betriebe gelten als familienkontrolliert. Sie erzielen 55 % der Umsätze und stellen etwa 57 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Als Arbeitgeber, Steuerzahler, Ausbilder und Investoren bilden die Familienunternehmen das (bisher) stabile Fundament von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie tragen wesentlich zum Erhalt der Sozialsysteme bei. Die spezielle Philosophie zeichnet sich aus durch das Denken, Planen und Handeln nicht in Jahren, sondern in Generationen. Im Alltag gelebte Traditionen wirken gerade in turbulenten Zeiten wie Leuchttürme als bewährte Navigationshilfen in schwerer See. Die daraus resultierenden Wertesysteme erweisen sich oft als handfeste Wettbewerbsvorteile. Der Umgang mit Mitarbeitern 'auf Augenhöhe' schafft ein überdurchschnittliches Maß an Motivation, Identifikation und Loyalität. Familienunternehmen verkörpern den sinnstiftenden Gegenentwurf zu supranationalen Konzernen mit eher kapitalistischer Ausrichtung. Wer als Politiker meint, immer wieder die Belastbarkeit von KMU im Hinblick auf Steuern, Abgaben, Energieversorgung, Umweltauflagen und Bürokratie testen zu sollen, legt die Axt an einen Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.

Zu guter Letzt ...

Immer mehr Menschen sprechen von allgemeinem Staatsversagen. Da könnte es tröstlich anmuten, dass zumindest die Besteuerungsbürokratie noch beinhart funktioniert. Beispiel? Ein gerade zwei Wochen altes Baby erhält vom Bundeszentralamt für Steuern den ersten Brief seines jungen Lebens. Anlass ist – die Bekanntgabe der Steuernummer.

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Dietrich W. Thielenhaus

Gastautor

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Der 'markt intern'-Verlag/Düsseldorf vertritt die Interessen mittelständischer Unternehmer in Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Anzeigenfreiheit erlaubt 'markt intern' eine unabhängige und kritische Berichterstattung in über 20 Informationsbriefen. Der Verlag unterstützt seine Leser in allen unternehmerischen Belangen. Praxishilfen in Form von Sonderbeilagen und Ratgebern komplettieren das Leistungsspektrum.

markt intern Verlag GmbH | Breite Straße 20 | 40670 Meerbusch | Tel.: +49 211 6698-0 | Fax: +49 211 6698-222 | E-Mail: info@markt-intern.de | www.markt-intern.de